

The logo for 'vbw' (Verband der Bayerischen Wirtschaft) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font on a dark blue square background.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

# Europa weiß-blau Netzwerktreffen zum politischen Jahresauftakt

---

**Mittwoch, 10.01.2018 um 11:00 Uhr**

Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union, Bierkeller  
Rue Wiertz 77, 1000 Brüssel

---

## Begrüßung

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Schretter,

sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments,

sehr geehrte Unternehmens- und  
Verbandsvertreter,

meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem  
traditionellen politischen Jahresauftakt in Brüssel.

Vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle auf ein  
für Europa „extrem schwieriges“ Jahr 2016  
zurückgeblickt.

2017 ist für Europa insgesamt besser gelaufen.  
Die EU hat sich wieder etwas gefangen:

Konjunkturrell ging es aufwärts.

Europaskepsis und Nationalismus sind zwar  
vielerorts weiter auf dem Vormarsch – in  
Deutschland sieht man das am Einzug der AfD in  
den Bundestag.

Bei den Wahlen in den Niederlanden und in  
Frankreich haben sie zum Glück aber nicht die  
Nase vorn gehabt.

Das ist gut so. Denn wir sind überzeugte Europäer.

Wir begrüßen die intensive Debatte um die Zukunft der EU.

Es muss sich was tun – und wir bedauern, dass Deutschland aufgrund der schwierigen Regierungsbildung derzeit wenig Substanzielles beitragen kann.

Es darf dabei aber nicht ausschließlich um mehr Europa gehen.

Stattdessen brauchen wir ein besseres Europa, das leistungsfähiger, eigenständiger, subsidiärer und geschlossener ist.

Mehr Europa brauchen wir in den folgenden Feldern

- bei der Weiterentwicklung des Binnenmarktes, ganz besonders beim digitalen Binnenmarkt,
- bei der Außen- und Sicherheitspolitik,
- bei der Grenzsicherung und bei der
- Flüchtlingsintegration.

Wir begrüßen den Ehrgeiz von Emmanuel Macron, die Zusammenarbeit in der EU in diesen Feldern voranzubringen.

Wir müssen aber aufpassen!

Dort, wo seine Forderungen – und die der Kommission – auf zu viel Staat, mehr Steuern und mehr Umverteilung zu Lasten Deutschlands hinauslaufen – etwa

- durch ein zweites EU-Budget,
- eine Art zusätzliches EU-Finanzministerium oder durch
- Bestrebungen, den ESM in eine Art Europäischen Währungsfonds umzuwandeln,

dürfen wir diesen Weg nicht mitgehen. Damit lösen wir die Probleme Europas nicht!

Eine starke EU werden wir nur dann erreichen, wenn jedes Land für seine Schulden, seine Wettbewerbsfähigkeit, seinen Arbeitsmarkt – selbst verantwortlich ist – und es auch bei der **Sozialpolitik** weiter bleibt!

Wir wenden uns strikt gegen einen Ausbau der gemeinsamen EU-Sozialpolitik, die die

EU-Kommission für den Rest ihrer  
Legislaturperiode bis Mitte 2019 verfolgt.

Gemäß Subsidiaritätsprinzip ist die  
Beschäftigungs- und Sozialpolitik Sache der  
Mitgliedsstaaten – und sie muss es auch bleiben.

Es dürfen auf EU-Ebene keine zusätzlichen  
sozialen Standards eingeführt werden, die die  
Souveränität der Mitgliedstaaten weiter  
einschränken.

Das würde die Akzeptanzprobleme der EU  
verschärfen und den EU-Gegnern und Populisten  
weiter Auftrieb verleihen.

Wir lehnen die im November proklamierte  
„Europäische Säule Sozialer Rechte“ (ESSR) ab.

Zwar wurde beim Gipfel in Göteborg klargestellt,  
dass – entgegen dem Wunsch der Kommission –  
die Europäische Säule Sozialer Rechte per se  
keine rechtliche Bindungskraft entfalten kann und  
darf.

Allerdings bringt die Europäische Kommission  
bereits zahlreiche Folgeinitiativen auf den Weg,  
um die ESSR mit Leben zu füllen. Etwa:

- den Richtlinienvorschlag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- die Revision der Nachweisrichtlinie sowie
- das Paket zur Sozialen Gerechtigkeit. Dieses sieht unter anderem eine Europäische Arbeitsmarktbehörde vor, mit dem sich die EU einmischen will in die Frage, wie die Mitgliedsländer den Zugang Selbstständiger zu den Sozialen Sicherungssystemen regeln.

Das alles darf so nicht kommen – dafür werden wir uns in diesem Jahr besonders einsetzen!

Noch kurz zum Brexit: Das Vereinigte Königreich ist für Bayern ein sehr wichtiges Exportland.

Die bayerische Wirtschaft benötigt vor allem Planungssicherheit und wünscht sich deshalb zügige Verhandlungsergebnisse.

Wir begrüßen die Fortschritte bei den Austrittsverhandlungen, auf deren Basis die zweite Phase in Angriff genommen werden kann.

Der schwierigste Teil der Verhandlungen steht aber noch bevor – und die Zeit bis Ende März 2019 wird extrem knapp.

Es müssen jetzt dringend die für die Wirtschaft wichtigen Fragen behandelt werden. Dazu gehören Zölle sowie die Sicherung von Fachkräften und Lieferketten.

Obwohl für uns ein enger wirtschaftlicher Austausch mit Großbritannien wichtig ist, steht für uns fest, dass sich das Vereinigte Königreich nicht das Beste aus den vier Grundfreiheiten „Freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr“ herauspicken darf.

Das wäre das falsche Signal. Die vier Grundfreiheiten der EU sind unteilbar.

Es müssen stattdessen neue Abkommen verhandelt werden.

Dabei brauchen wir möglichst niedrige Hürden für den gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch – sowie einen vernünftigen Interessenausgleich.

Zum Schluss möchte ich noch auf unser neues Positionspapier zum Arbeitsprogramm 2018 der EU-Kommission hinweisen.

In diesem und in unserem Papier „Starkes Bayern – starkes Europa“ nehmen wir eine umfassende, detaillierte Bewertung der Vorhaben der

Kommission bis zu den Europawahlen im Jahr 2019 vor.

Beide Papiere liegen für Sie aus beziehungsweise stehen Ihnen auf unseren Internetseiten zur Verfügung.

Meine Damen und Herren,

so viel von meiner Seite – ich freue mich jetzt auf die Diskussion.